



IDENTITÄRE IN AUGSBURG

Unter falscher Flagge in Mering: Kindergarten statt Ankerzentrum!

Die letzten Wochen waren für den kleinen Markt Mering ereignisreich. Unzähligen Versammlungen und Diskussionen konnte man bezüglich der Eröffnung eines Dependances des Ankerzentrums Donauwörth in Mering als interessierter Bürger beiwohnen. Dabei folgten diese Veranstaltungen jeweils dem selben Muster: Die Bürger wurden vor vollendete Tatsachen gestellt, während eigene Sorgen und Bedenken hinsichtlich möglicher Folgen des Ankerzentrums für Mering von den politischen Verantwortlichen wahlweise mit Hilfe von infantil-naiven Beschwichtigungsversuchen abgefertigt oder in Verbindung mit einer universellen Leugnung jeglicher Schuld für diese politische Entscheidung gemehrt wurden.

Dieses Aushebeln demokratischer Entscheidungsfindung veranlasste einige Augsburger Aktivisten am Mittwoch, den 17.4.2019, zur Durchführung einer großangelegten False Flag-Aktion in Mering. Dort überdeckten sie ein Baustellenplakat vor der Niederlassung des Ankerzentrums mit einem anderen, das stattdessen tatsächliche Bürgerinteressen zum Ausdruck brachte. Erst kürzlich wurde bekannt, dass sehr viele Eltern

ihre verzweifelte Suche nach Kita- und Kindergartenplätzen im Landkreis Aichach-Friedberg aufgeben müssen. Alleine in Mering wurden 88 Eltern eine Absage erteilt.

Durch das Platzieren eines Banners mit der Aufschrift „Hier entsteht ein Kindergarten für Mering“ zeigten die Aktivisten exemplarisch ein großes Bedürfnis der Meringer Bevölkerung auf. Die Stadt wurde durch etwaige Kontaktaufnahmen interessierter Bürger zur Dementierung des Baus eines vermeintlichen Kindergartens gedrängt und dadurch in eine längst überfällige Rechtfertigungsposition für die politische Entscheidung des Ankerzentrum manövriert.

Mit der Aktion sollte vor allem eines deutlich gemacht werden: Die Interessen der deutschen Bevölkerung müssen endlich Gehör finden und jedwede politische Entscheidung – auf regionaler wie nationaler Ebene – darf niemals gegen die eigenen Bürger gerichtet werden.

Wo demokratischer Diskurs ausbleibt, muss er erkämpft werden.



Bamberg: 30 „Burschen“ fallen über Supermarkt her

Von EUGEN PRINZ | Wildwest in Bamberg: Am Samstag gegen 19.30 Uhr rief der Detektiv eines Lebensmittelmarktes im bayerischen Bamberg die Polizei. Aus einer Horde von 30 Jugendlichen und

Heranwachsenden heraus wurden in dem Laden zahlreiche Diebstähle begangen. Zudem sprangen die Randalierer auch noch mehrmals gegen die Glasschiebetür im Eingangsbereich, bis diese zerbrach.

Im Rahmen der sofort eingeleiteten Fahndung mit mehreren Streifen griff die Polizei die Tatverdächtigen am zentralen Omnibusbahnhof auf. Bei der Durchsuchung fanden die Beamten neben diversem Diebesgut auch noch Betäubungsmittel.

Wie die Polizei noch mitteilte, wurde ein 15-Jähriger aus der Gruppe von den Beamten „seiner erfreuten Mutter“ übergeben. Gegen die Beteiligten werden Strafverfahren eingeleitet. In den Medien wurde getreu der [polizeilichen Pressemitteilung berichtet](#), ohne zu diesem unerhörten Vorfall noch weitere Informationen zu liefern.

Was ist los in diesem Land?

Man stelle sich das einmal vor: In einer oberfränkischen Kleinstadt, also in der tiefsten Provinz und nicht in Berlin oder Köln, stürmen 30 (!) wildgewordene „junge Männer“ einen Laden, bedienen sich ungeniert an den Waren ohne zu bezahlen und treten dann noch die Glastüre am Eingang ein, weil es so schön ist.

Was sind das für unerhörte Zustände, die in Deutschland eingekehrt sind? Wie haben sich wohl die Kunden gefühlt, als sie plötzlich inmitten dieses wildgewordenen Mobs einkaufen mussten? Soll das noch normal sein, was hier in diesem Land tagtäglich abläuft? Sind denn alle Verantwortlichen völlig verrückt geworden, dass sie nach solchen Vorfällen ungerührt das übliche Tagesgeschäft weiter betreiben?

Wieder einmal keine Angaben zur Ethnie der Tatverdächtigen

Die wohl wichtigste Frage ist in diesem Zusammenhang, ob bei den Tatverdächtigen oder einem Teil davon ein Zuwanderungshintergrund vorliegt. Diese wurde weder von der

Polizei, noch von den berichterstattenden Medien beantwortet. Es ist immer nur von „Jugendlichen“, „Heranwachsenden“ und „Burschen“ ([Focus](#)) die Rede.

Warum ist die Frage nach einem möglichen Migrationshintergrund so wichtig? Ganz einfach: Weil wir Bürger ein Recht darauf haben, zu erfahren, wie sich die seit 2015 betriebene Zuwanderungspolitik der Regierung auf die innere Sicherheit Deutschlands, auf UNSERE Sicherheit, auswirkt.

Aus diesem Grund kontaktierte der Autor dieses Beitrags die Bamberger Polizei und wurde mit einem Beamten verbunden, der zu Presseauskünften berechtigt war.

Gedächtnisprotokoll der Presseanfrage bei der Polizei Bamberg

PI-NEWS: Waren bei dem Vorfall Personen mit Migrations- oder Flüchtlingshintergrund beteiligt?

POLIZEIBEAMTER: Wir geben dazu keine Auskunft, weil ein möglicher Migrationshintergrund für diese Tat keine Rolle spielt. Was ich Ihnen aber sagen kann ist, dass keine dieser Personen im Ankerzentrum Bamberg untergebracht ist.

PI-NEWS: Das ist eine reichlich kryptische Auskunft, die nicht zufriedenstellen kann.

POLIZEIBEAMTER: Ich muss mich an den [Kodex](#) halten, ich habe meine dienstlichen Weisungen.

PI-NEWS: Personen, deren Asylverfahren abgeschlossen sind oder die den Status eines Bürgerkriegsflüchtlings haben, sind nicht im Ankerzentrum untergebracht. Die Tatverdächtigen können ja auch aus diesem Personenkreis stammen...

POLIZEIBEAMTER: Wir haben in Bamberg Probleme mit einigen Bewohnern des Ankerzentrums, wir haben auch Probleme mit manchen Personen aus den dezentralen Flüchtlingsunterkünften, aber wir haben ebenso Probleme mit manchen einheimischen

Deutschen. An dieser Stelle möchte ich unseren Dienststellenleiter zitieren: „Die meisten Bewohner des Ankerzentrums verhalten sich gesetzentreu“.

PI-NEWS: Das wäre ja schlimm, wenn es anders wäre.

POLIZEIBEAMTER: Stimmt.

PI-NEWS: Gut, dann wird das entsprechend Ihrer Auskunft so veröffentlicht. Unsere Leser werden schon die richtigen Schlüsse daraus ziehen.

Diesen Schlusssatz quittierte der Beamte noch mit einem kurzen, freundlichen Lachen. Dann wurde das Gespräch beendet.

Resümee

Wenn 30(!) „Jugendliche“ über einen Lebensmittelmarkt herfallen, dann spielt es also keine Rolle, wo die herkommen? Ohne dass dies von dem Beamten bestätigt wurde, zieht der Autor aus der Faktenlage den Schluss, dass es sich bei den Tatverdächtigen wohl um Zuwanderer gehandelt haben dürfte. Der Polizeibeamte hat zu keinem Zeitpunkt des Gesprächs einen möglichen Migrationshintergrund der Tatverdächtigen dementiert. Außerdem: Wann haben sich zum letzten Mal 30 deutsche Jugendliche zusammengerottet und sind über einen Lebensmittelmarkt hergefallen?

Das Gute ist, dass die Polizeibehörden ihre Beamten nicht anweisen können, die Presse bei solchen Anfragen direkt anzulügen. Würde in so einem Fall einmal das Gegenteil bewiesen, hätte die Polizei eines ihrer wichtigsten Güter, die Glaubwürdigkeit, vollständig eingebüsst.

Besonders perfide ist aber die Formulierung, dass ein 15-jähriger Tatverdächtiger seiner „nicht erfreuten Mutter“ übergeben wurde. Mit diesem Hinweis soll in den Köpfen der Leser wohl das Bild der strengen, blonden, deutschen Mutter erzeugt werden, die ihrem Sprößling in Anwesenheit der

Polizisten ankündigt: „Wir sprechen uns noch!“

Wären es indigene Deutsche gewesen, hätten das die Polizei und die Mainstream-Medien auf jeden Fall auch so berichtet. Kodex hin oder her!

Die bange Frage

Unterstellt, dass es sich bei den Tatverdächtigen um Zuwanderer handelt, stellt sich die bange Frage, was dann erst los sein wird, wenn der Staat aufgrund einer massiven Rezession nicht mehr in der Lage ist, die gegenwärtige Vollversorgung dieser Klientel zu gewährleisten.



Schweinfurt: Araber überfallen Auto und weitere Schweinereien

Von MAX THOMA | „Autostopp“ in Zeiten der Massen-Migration: Im für Merkel-Gäste eher unreinen „Schweinfurt“ überfielen „drei arabisch aussehende Männer“ am Donnerstag Vormittag am Kornmarkt einen 31-jährigen Autofahrer. Zuvor lief plötzlich ein Mann aufreizend langsam vor einem Autofahrer über die Straße und nötigte ihn zum Anhalten. Das Auto war noch nicht vollständig abgebremst, als blitzschnell die linke Hintertür und der Kofferraum von zwei anderen Männern aufgerissen

wurden. Mit einer auf der Rücksitzbank liegenden Laptoptasche samt Inhalt und einer großen Sporttasche aus dem Kofferraum machten sich die beiden Täter sowie „[der Mann vor dem Auto danach fluchtartig](#)“ davon. Obwohl das Überfallopfer umgehend die Polizei über Notruf informiert hat und eine Großfahndung eingeleitet worden ist, blieben die drei Ehrengäste der Bundesregierung „unauffindbar“. Die Beute in Höhe von 2.000 Euro sind ein Lenovo-Laptop und die rot-weiße Sporttasche samt Inhalt, in dem unter anderem das Mobiltelefon des Geschädigten lagen.

- Erster Täter: Männlich, arabisch aussehend, 180 bis 190 Zentimeter groß, Dreitagebart, stattliche Figur, schwarze Jacke ähnlich einer Bomberjacke;
- Zweiter Täter: Männlich, arabisch aussehend, etwa 190 Zentimeter groß und sehr schlank, bekleidet mit dunkelgrünem Hoodi, Basketballkappe und Bluejeans;
- Dritter Täter: männlich, arabisch aussehend.

Die Polizeiinspektion Schweinfurt bittet unter der Rufnummer 09721/202-0 um sachdienliche Hinweise aus der Bevölkerung über die „Geflüchteten“.

Schweinfurt in Aufruhr – das Messer gehört zu Schweinfurt

Im Oktober gab es im Ankerzentrum Schweinfurt wieder gravierende „[tätliche Auseinandersetzungen](#)“, dabei wurden zwei Personen schwer verletzt. Laut Polizeipräsidium Unterfranken erlitt ein Opfer eine Stichverletzung im Bereich der Hüfte, zwei weitere Männer wurden mit Stichwunden verletzt. Die Polizei hatte zunächst drei Tatverdächtige festgenommen, später konnten noch drei weitere Tatverdächtige festgehalten werden. Nach Abschluss der polizeilichen Maßnahmen wurden die sechs „Fluchtsuchenden“ selbstverständlich wieder auf freien Fuß gesetzt.

Kurz darauf verletzte ein 22-Jähriger im Ankerzentrum einen Mitbewohner mit einem – Überraschung – Messer. Im Zuge einer

eskalierenden Meinungsdivergenz war es zu dem weiteren Messerangriff gekommen, bei dem ein 31-jähriger Flüchtling eine Schnittverletzung im Gesicht erlitt. Der 22-jährige Messer-Migrant steht unter dringendem Verdacht des versuchten Totschlags in Tateinheit mit gefährlicher Körperverletzung. Die Gerichte in Unterfranken sind jedoch derzeit überlastet.

Ein 21-jähriger Bewohner hatte wenige Tage später in der Schweinfurter Asylbewerberunterkunft „Einsatzkräfte des Rettungsdienstes angegriffen“. Als er von der Polizei in Gewahrsam genommen wurde, leistete der betrunkene 21-Jährige „erheblichen Widerstand und versuchte unter anderem, einen Beamten in die Hand zu beißen“. Urplötzlich sei der 21-Jährige mit erhobenen Fäusten auf die ahnungslosen Sanitäter losgegangen und habe sie bespuckt. Während der Fahrt zur Dienststelle habe der Beschuldigte im Streifenwagen mehrfach versucht, den begleitenden Polizeibeamten in die Hand zu beißen.

Syrische Schweinereien an Kindern in Schweinfurt

In einer anderen Schweinfurter Flüchtlingsunterkunft in Gochsheim vergriff sich ein 18-jähriger Syrer letztes Jahr an drei Mädchen. Zeugen haben beobachtet, wie der 18-Jährige auf einem Spielplatz bei der Unterkunft „sexuelle Handlungen“ an den drei Kindern vorgenommen hat. Der junge Mann soll die Mädchen „teilweise entkleidet und gestreichelt“ haben, erklärte [ein Polizeisprecher](#). Wie es weiter heißt, hat der 18-Jährige bei der Festnahme Widerstand geleistet. Die beiden betroffenen Polizisten wurden „glücklicherweise nur leicht verletzt“.

Syrische Großfamilie und “Kinder“ greifen 40 Polizisten mit Messern an

Im August 2017 kam es zu einer regelrechten „Gewaltorgie“ mit vielfachen Polizei-Großeinsätzen in der [„Schutzsuchenden“-Unterkunft in der Kasernenstraße](#). „Allein in den letzten zehn

Tagen gab es vier ähnliche Vorfälle in der Einrichtung“, erklärte der Sprecher des Polizeipräsidiums, Enrico Ball: 50 Asylbewerber, insbesondere Mitglieder einer syrischen Großfamilie, hatten rund 40 Polizisten mit Fahrrädern, Steinen und Schuhen attackiert. Mehrere Kinder beteiligten sich an der Attacke – eines davon stach mit einem Messer nach einem Polizisten.

Bei dem Einsatz wurden acht Polizisten verletzt. Nur wenige Tage vorher war es in der Einrichtung zu einer „Massenschlägerei zwischen Somaliern und Algeriern“ gekommen. Dabei prügeln rund 60 Personen aufeinander ein, die Polizei löste den Konflikt mit einem Großaufgebot an Kräften zunächst auf. Die Schweinfurter Polizei setzte nach eigener Aussage Pfefferspray ein, um wieder für Ordnung zu sorgen. Zahlreiche der schutzbedürftigen „Kombattanten“ flüchteten, als die Beamten am Ort des Geschehens eintrafen. Sechs Tatverdächtige konnten festgenommen werden. Acht Personen wurden bei der Schlägerei verletzt, darunter auch zwei Mitarbeiter des Sicherheitsdienstes. Ein ähnlicher „Vorfall“ ereignete sich auch schon im Juni, als rund 30 Somalier und Armenier brutal aufeinander einschlugen.

„Beschleunigte Asylantragsbearbeitung“ von Gewalttätern

Oft entzündeten sich Massenschlägereien an Kleinigkeiten, beantwortet Johannes Hardenacke, Sprecher der Regierung von Unterfranken, die Frage, wie sich der massive Anstieg gewalttätiger Vorfälle in der Unterkunft [Schweinfurt](#) erkläre. „Problematisch ist, dass sich bei Streitigkeiten einiger weniger Personen oft Zugehörige ihrer Volksgruppen solidarisieren“, betonte Hardenacke.

Ver mehrt spielten auch Perspektivlosigkeit wegen schlechter Bleibeperspektiven und Alkohol eine Rolle.

„Schlechte Bleibeperspektiven“ können allerdings nicht der Grund für die massive Attacke auf Polizisten in Schweinfurt

gewesen sein: Die Mitglieder der syrischen Großfamilie – Vater, Mutter und neun „teils erwachsene Kinder“ – welche die Messer-Attacken anführten, sind als so genannte „Asylberechtigte“ im Steuergeldparadies Deutschland anerkannt.

An der Anerkennung als Asylberechtigte änderten die mutmaßlichen Straftaten nichts, besänftigte Hardenacke nach der Attacke. Als Folge der Angriffe müsse die Familie nun aber umziehen.

Jacqueline Meyer, Asylsozialberaterin in der Erstaufnahmeeinrichtung, sagt, die elfköpfige syrische Familie sei erst seit kurzem in Schweinfurt und über ein Hilfsprogramm von Griechenland nach Deutschland gekommen. Die Zahl der Sicherheitskräfte sei zweimal verstärkt worden, bei der Belegung der Unterkünfte trenne man nach Volksgruppen, vor Ort gebe es eine Asylsozialberatung, eine psychologische Betreuung und ein Frauenhaus.

Zudem würden auffällige Asylbewerber „gezielt angegangen“, die [„beschleunigte Bearbeitung ihrer Anträge werde beim Bundesamt“](#) BAMF angeregt.

„Bayern ist sicher!“ – Narrenschiff Deutschland.



Festgenommen – ins Ankerzentrum gebracht – und wieder verschwunden

Von EUGEN PRINZ | Das Leben eines illegalen Migranten ist hart, allerdings nur so lange er sich in den Fängen der Schleuser befindet. Hat ihn erst einmal die deutsche Polizei aufgegriffen, wird es schlagartig besser. Diese Erfahrung konnten kürzlich acht Männer machen, die von Afghanistan über die Türkei und Serbien nach Bulgarien gekommen waren. Die letzte Etappe bis nach Deutschland legten sie eingesperrt im Laderaum eines LKW zurück. Zwei Tage und drei Nächte waren die acht Männer bei kalten Temperaturen in dem Lastwagen eingepfercht. Als es langsam kritisch wurde, schlugen die illegal eingeschleusten Migranten auf dem Parkplatz Wernberg-Köblitz in der Oberpfalz laut von innen gegen die Bordwand des LKWs. Weise geworden durch die schlechten Erfahrungen seiner Schlepper-Kollegen aus der Vergangenheit, wo die Ladung gelegentlich ihr Ziel nicht lebend erreicht hatte, öffnete der Fahrer den Laderaum und ließ die Illegalen heraus. Diese flohen, ohne zu wissen, wo sie sich eigentlich befinden.

Wie üblich: Kein Ausweis, aber ein Handy

Es galt nun, einen kühlen Kopf zu bewahren und zu überlegen. Was brauchen wir als erstes? Natürlich, eine SIM-Karte fürs Handy! Dummerweise wurde der Inhaber des Ladens, in dem sie die Prepaid-Karten kauften, misstrauisch und rief die Polizei. Dieser gelang es, die Hälfte der Ladung, vier Afghanen, gleich an Ort und Stelle festzunehmen. Aber auch die anderen vier konnten sich nicht lange ihrer Freiheit erfreuen, denn nach Hinweisen aus der Bevölkerung wurden sie schnell gefasst. Einen Ausweis hatte keiner von ihnen, aber selbstverständlich jeder ein Handy.

Wohin also mit den illegal eingereisten Personen, sprich: Straftätern, die sich nicht ausweisen können und deren Identität nicht feststeht. Ein sicherer Ort muss her.

Aus irgendwelchen Gründen, die sich dem Autor nicht erschließen, betrachteten die Beamten der Bundespolizei wohl das Ankerzentrum Regensburg als richtige Adresse für Illegale mit unbekannter Identität.

Ankerzentrum statt Gefängnis = schlechte Idee

Die Ankerzentren, der Stolz der CSU. Die eierlegende Wollmilchsau, die man reiten kann, der Stein der Weisen, was die Lösung der Flüchtlingskrise betrifft. Das Ankerzentrum in Regensburg ist nach Manching und Bamberg ein weiteres, das auf dem sogenannten Migrationsplan von Bundesinnenminister Horst Seehofer mit der Überschrift „Ankunft, Entscheidung, Rückführung“ beruht. Die Idee dahinter: Migranten ohne Bleibeperspektive sollten dort zentral untergebracht werden, damit alle Behörden schnell am Abschluss des Asylverfahrens arbeiten können.

Wie die [Erfahrung aus der Vergangenheit](#) zeigt, haben diese Einrichtungen zwei entscheidende Nachteile:

1. Sie sind tickende Zeitbomben, überwiegend gefüllt mit Sprengstoff aus desillusioniertem, aggressivem Testosteron mit dem Aufdruck „Flüchtling“
2. Man kann sie zu jeder Tages- und Nachtzeit auf Nimmerwiedersehen verlassen

Es hat nicht lange gedauert, bis unsere acht festgenommenen Migranten Punkt 2 verstanden hatten. Als ihnen dieser Umstand gewahr wurde, spazierten sieben der acht Illegalen aus dem Ankerzentrum und sind seither nicht mehr auffindbar.

Der Kostbarste blieb uns erhalten

Glücklicherweise ist uns ausgerechnet der Kostbarste erhalten

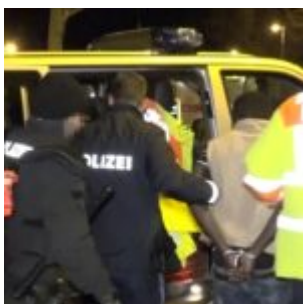
geblieben: Ein 15-jähriger Jugendlicher. Dieser fällt unter die Kategorie „minderjähriger unbegleiteter Flüchtling“, kann somit nicht abgeschoben werden und kostet den Steuerzahler monatlich über 5000 Euro, weil er das Rundum-Sorglos-Päckelpaket erhält. Seien Sie ehrlich, lieber Leser, da wären Sie auch geblieben, oder?

Wie sich herausgestellt hat, waren drei der Männer bereits im Europäischen Identifizierungssystem für Asylbewerber (Eurodac) gespeichert. Möglicherweise sind sie nach einer bereits erfolgten Abschiebung erneut eingereist. Nach dem Kreislauf des Wassers und des CO₂ haben wir also jetzt auch noch den Asylbewerber-Kreislauf.

Dieser Fall zeigt, wie prekär die Sicherheitslage in Deutschland ist. Personen mit unbekannter Identität können zu [Hunderttausenden](#) illegal einreisen und anschließend ohne Probleme wieder untertauchen. Und dann wundern wir uns, wenn wir wieder nur knapp einem Terroranschlag entgangen sind, der nur deshalb verhindert werden konnte, weil

- a.) die Dschihadisten häufig nicht die hellsten Kerzen im Leuchter sind und
- b.) die Sicherheitskräfte trotz der politischen Situation noch gut funktionieren.

Es ist höchste Zeit, etwas zu ändern. Sonst wird die Anzahl der Menschen in unserem Land, von denen wir weder wissen, wer sie sind, noch wo sie sind, irgendwann in die Millionen gehen.



Ankerzentrum Bamberg: Afrikaner bewerfen Polizisten mit Pflastersteinen

In den frühen Dienstagmorgenstunden randalierte im Ankerzentrum Bamberg eine Gruppe Afrikaner, [laut Polizei](#) vorwiegend eritreische Staatsangehörige. Dabei wurden zunächst mehrere Sicherheitsleute angegriffen, Scheiben eingeworfen, Möbel zerstört. Die Polizei wurde gerufen, die Beamte mehrerer Dienststellen zusammenzog und kurz darauf eintraf. Währenddessen hatten einige der Aggressoren im Gebäude verbarrikadiert.

Als die Beamten eintrafen wurden sie mit Pflastersteinen und anderen Gegenständen beworfen, ein Beamter wurde dabei verletzt.

Etwa gleichzeitig brach in einer der Wohneinheiten Feuer aus. Die Nummer kennen wir, schon einmal hatte es in der Unterkunft gebrannt. Erst vor wenigen Wochen verursachte ein Großbrand in dem Zentrum einen Millionenschaden. Es ist eine Art wie diese angeblich Schutzsuchenden ihre Dankbarkeit zeigen, in dem sie die Einrichtungen warm abtragen, um so verlegt zu werden – am besten in eine eigene Wohnung oder ein Reihenhaus.

Da die Lage weiter zu eskalieren drohte wurde Verstärkung angefordert. Rund 100 Polizisten waren im Einsatz. Die Sicherheitskräfte somit wieder einmal an einem einzigen Krimigranten-Hotspot gebunden. Aber es mussten schließlich auch die Einsatzkräfte der Feuerwehr vor dem Afri-Mob geschützt werden, um den Brand schnell unter Kontrolle bringen zu können.

Das Feuer trieb allerdings die afrikanischen Leuchten aus dem Gebäude, wo sie von der Polizei eingesammelt werden konnten. Ein Tatverdächtiger wurde von Spezialeinsatzkräften in einer

Wohnung festgenommen. Ermittlungen wegen schweren Landfriedensbruchs, schwerer Brandstiftung und „weiterer Delikte“ laufen nun.

Der Sachschaden wird derzeit mit 100.000 Euro beziffert. Insgesamt sollen elf Personen, verletzt worden sein, neun davon wurden wegen einer Rauchgasvergiftung behandelt. Neun Personen wurden „vorläufig“ festgenommen.

Ein Tag wie jeder andere also – im besten Deutschland, das wir jemals hatten. (lsg)



Affenzirkus im Ankerzentrum, inklusive Autobahnsperre

Eine Außenstelle des Ankerzentrums Deggendorf in Stephansposching war am Mittwochmorgen Schauplatz einer weiteren Staatsposse rund um den Versuch EINEN Asylbetrüger abzuschieben. Der 25-Jährige aus Sierra Leone sollte gemäß Dublin III Abkommen zurück nach Italien gebracht werden. Der „Geflüchtete“ war aber wohl zur Sicherheit schon untergetaucht. Die Beamten trafen den Mann nicht in der Unterkunft an und hätten daher einfach unverrichteter Dinge wieder abziehen können.

Es kam anders. Denn obwohl niemand mitgenommen wurde, wogegen die Bewohner „protestieren“ hätten können, sahen einige

Nigerianer eine gute Gelegenheit einen kleinen Krieg gegen die deutsche Polizei anzuzetteln und attackierten die Beamten. Ein 29-Jähriger hätte sich dabei besonders hervorgetan. Er habe in aggressivem Ton seinen Unmut über die Anwesenheit der Beamten gezeigt, mehrmals gegen Einrichtungsgegenstände geschlagen, Stühle umgeworfen und versucht Polizeibeamte körperlich zu bedrängen, heißt es im [Polizeibericht](#).

Der Aggressor sollte daraufhin in Gewahrsam genommen werden, habe sich aber heftig dagegen gewehrt. Zusätzlich wurden die Einsatzkräfte auch durch zahlreiche andere Bewohner bedroht. Ein „beruhigendes Einwirken“ auf die Person sei nicht möglich gewesen.

Das war ja wohl auch nicht zu erwarten, wenn eine Truppe Afrikaner grundlos eine Auseinandersetzung provoziert, will sie ja die Eskalation.

Nur unter massivem körperlichen Einsatz der Beamten konnte der Krawallmacher irgendwann doch ins Polizeifahrzeug verfrachtet werden, gefolgt von einer aggressiven Horde „Schutzsuchender“, die verhindern wollten, dass ihr Kumpel mitgenommen würde. Unter anderem sei durch Verschieben der Umzäunung versucht worden, die Abfahrt der Dienstfahrzeugen zu verhindern.

Als die Beamten die Zufahrt zum Ankerzentrum wieder freimachten, sei es dem mühsam ins Auto gebrachten Afrikaner gelungen aus selbigem wieder zu flüchten. Die Polizisten wurden dennoch weiter von anderen Bewohnern so stark bedrängt, dass sie sich aus „taktischen Gründen“ zurückzogen.

Die Lage wurde immer gefährlicher, und da sich die Orks zusammenschlossen, verließ auch der Sicherheitsdienst das Gelände. Man fürchtete, dass die Meute sich zumindest mit Messern bewaffnen könnte. Ohne Verstärkung war hier nichts mehr zu machen.

Der 29-Jährige geflüchtete „Geflüchtete“ konnte schon bald mit zwei Begleitern nahe der Einrichtung vorläufig festgenommen

werden.

Am Nachmittag traf dann ein Großaufgebot der Polizei ein, um die Außenstelle einer Kontrolle zu unterziehen, darunter auch ein Sondereinsatzkommando. Aus Sicherheitsgründen war zudem die angrenzende Autobahn A92 kurzzeitig gesperrt worden.

Bei der Kontrolle seien die Personalien von 41 Personen festgestellt worden. 14 Personen wurden vorläufig festgenommen. Gegen sie und zwei bereits am Vormittag vorläufig Festgenommene wird nun wegen des Verdachts des Landfriedensbruchs ermittelt. Gegen einen weiteren Nigerianer sei von der Regierung von Niederbayern ein Abschiebehaftantrag beim Amtsgericht Deggendorf gestellt worden. Gegen 17.30 Uhr war der klägliche, und am Ende gescheiterte, Versuch EINEN Illegalen aus dem Land zu schaffen beendet.

Einmal mehr hat Deutschland sich die Narrenkappe redlich verdient. Sollten sich in Zukunft einmal mehrere Hundert oder gar Tausende dieser Subjekte vernetzen und zusammenrotten sind „die schon länger hier Lebenden“ ihnen wohl eher schutzlos ausgeliefert und werden zu „[Erlebenden](#)“, wenn sie es denn überleben. (lsg)

Statement des Pressesprechers vom Polizeipräsidium Niederbayern:



Video: Katie Hopkins über Bedrohung durch den Islam in Großbritannien

Von MICHAEL STÜRZENBERGER | Katie Hopkins war früher Reporterin bei dem britischen TV-Sender BBC, der „Bild“-ähnlichen Sun und der größten Internet-Zeitung der Insel, der Daily Mail. Als sie begann, islamkritisch zu berichten, geriet sie ins Visier der Gralshüter der politischen Korrektheit. Sie ließ sich den Mund aber nicht verbieten und so wurde sie von den Mainstream-Medien der Insel ausgeschlossen. Seitdem verbreitet sie ihre Botschaft im Internet weiter.

Ihre Erfahrungen mit der islamischen Unterwanderung Großbritanniens sind für das europäische Festland ein warnendes Beispiel. Im Interview (*oben*) berichtet sie, dass die Anstrengungen der Politik und der Medien, die Islamkritik zu unterbinden, immer stärker werden, je schlimmer die Situation auf der Insel wird. Von linken britischen Journalisten werde sie geradezu dämonisiert, was sie mit dem „Monster“ vergleicht, das von Dr. Frankenstein geschaffen wurde.

Katie ist aus dem gleichen Holz geschnitzt wie ein Geert Wilders, Tommy Robinson, Martin Sellner und viele andere, die auch trotz massiver Repressalien weiter mutig die Wahrheit aussprechen. Am Ende unseres Gespräches richtet sie auch eine motivierende Botschaft an alle Patrioten in Deutschland.

Der Anlass ihres Besuches nach München war die bayerische Landtagswahl. Sie hatte im vergangenen Jahr erfahren, dass ich wegen meiner Islamkritik vor Gericht ein massives Unrechtsurteil in Form einer halbjährigen Haftstrafe auf dreieinhalb Jahre Bewährung erhielt, was quasi das Verbot für öffentliche Islamkritik bedeutet hätte. Ihrer Bitte um ein

Interview kam ich gerne nach:

Am Freitag besuchte sie anschließend einen AfD-Infostand in der Nähe des Münchner Hauptbahnhofes und führte mit dem jetzigen gewählten AfD-Landtagsabgeordneten Uli Henkel ein interessantes Gespräch über den Wahlkampf, den unterschiedlichen Zuspruch für seine Partei in ländlichen Gebieten im Vergleich zur Stadt, das Überlaufen vieler früherer CSU-Wähler, das aggressive Verhalten linker politischer Gegner, Angriffe der Antifa und die verrückte Situation in Deutschland, wo die Massenmedien kaum etwas über den Mord von Asylanten an einem jungen Deutschen und Familienvater berichten, aber umfangreich über die Proteste patriotischer Bürger:

Katie Hopkins besuchte auch Wahlkampfstände der Grünen und der CSU sowie das Ankerzentrum für Asylbewerber in Donauwörth. Alle Videos sind auf der Seite [„Rebel Media-Bavaria“](#) zu sehen.

Die Fakten lassen sich nicht auf Dauer unterdrücken und die Propaganda-Lügen können nicht auf Dauer aufrecht erhalten werden. Es ist nur eine Frage der Zeit, wann die Botschaft der Islamkritiker überall durchgedrungen ist und die notwendigen Gegenmaßnahmen eingeleitet werden, um der Islamisierung Europas einen Riegel vorzuschieben.



Michael

Stürzenberger

[PI-NEWS-Autor Michael Stürzenberger](#) arbeitete als Journalist u.a. für das Bayern Journal, dessen Chef Ralph Burkei beim islamischen Terroranschlag in Mumbai starb. 2003/2004 war er Pressesprecher der CSU München bei der Franz Josef Strauß-Tochter Monika Hohlmeier. Von 2009 bis 2011 versuchte er im dortigen Integrationsausschuss vergeblich die Islamkritik zu etablieren. Im Mai 2011 wechselte er zur Partei „Die Freiheit“, wo er ab 2012 bayerischer Landesvorsitzender und von 2014 bis 2016 Bundesvorsitzender war. Seine [Youtube-Videos](#) haben knapp 23 Millionen Zugriffe. Zu erreichen über [Facebook](#).



Bayern ist sicher ... am Abgrund! (Teil 5)

Von MAX THOMA | Im „PI-NEWS-Landtags-Wahlcountdown“ beleuchten wir diese Woche unzählige spektakuläre Gewaltdelikte durch Migranten im ehemaligen „Frei-Staat“. Ein nur ansatzweises Chaos-Kaleidoskop der Einzelfälle aus den Schwerpunktregionen der Flüchtlings- und Migrationskriminalität der letzten zwei Jahren in Bayern. Nur ein „Bruchteil“ der zunehmend beängstigenden Zustände im angeblich „sichersten Bundesland Deutschlands“ – jedoch durchaus exemplarisch-symptomatisch:

Teil 5: Terrorzelle Franken – Nordbayern = Mordbayern

Im Juni 2016 attackierte der radikalisierte islamische Gotteskrieger Riaz Khan Ahmadzai eine Gruppe „Ungläubiger“ aus

Hongkong in einem Regionalzug, es hätte aber jeden ungläubigen Fahrgast treffen können. Die Axt-Angriffe des 17-jährigen MUFL aus Afghanistan endeten mit vier lebensgefährlichen Verletzungen und vier finalen Rettungsschüssen durch die Polizei, die Renate Künast (Die Grünen) zutiefst bedauerte: „Fragen ???“. Zuvor verletzte Riaz noch eine Spaziergängerin im Würzburger Stadtteil Heidingsfeld schwerst in gezielter Tötungsabsicht. Der Allhau-Akbar-Gefährder galt in „seiner Pflegefamilie und beim Kolpingwerk“ als bestens integriert.

Einige Wochen darauf zündete der 27-jährige syrische Asylbewerber Mohammed Daleel vor einem Weinlokal im mittelfränkischen Regierungssitz Ansbach eine Rucksackbombe und verletzte damit 15 Personen teils schwer und kam selbst bei der Explosion ums Leben. Der Ansbacher Musikfestival-Attentäter hatte seit zwei Jahren in Deutschland gelebt und wurde vom Islamischen Staat zu dem geplanten Massenmord konkret angeleitet. Harald Weinberg, Bundestagsabgeordneter der Partei Die Linke, setzte sich zuvor aufgrund der Bitte einer Ansbacher Flüchtlingsorganisation für ein Bleiberecht Daleels für die Dauer seiner medizinischen Behandlung in Deutschland ein. Per Entscheidung des BAMF wurde aufgrund vorgelegter „Atteste einer psychischen Labilität Daleels“ die Abschiebeandrohung vorerst aufgehoben. Die Terrormiliz „Islamischer Staat“ bekannte sich über ihr offizielles Sprachrohr Amaq zu dem Anschlag im ehemals wunderschönen fränkisch-barocken Ansbach.

Auch der „Sprenggläubige“ Mamdoh A., 18, aus Pegnitz galt als freundlicher und hilfsbereiter Schüler, der „bestens in seiner neuen Heimat Bayern integriert“ war. Mit seiner Festnahme hat die Polizei einen bereits detailliert geplanten Terroranschlag verhindert. Die Ermittler kamen dem Bub einmal wieder „durch Zufall auf die Spur“: Wegen einer anderen Straftat durchsuchte die Polizei die Wohnung des Geflüchteten und stieß dabei auf umfangreiches Material der Terrororganisation Islamischer Staat. Bei der Durchsuchung des Privathauses, in dem der 18-

jährige MUFL wohnte, wurden „unter anderem die Pläne zum Bau einer Bombe und zur Beschaffung eines LKW“ entdeckt. Weiterhin wurde bereits ein selbstgedrehtes Bekennervideo sichergestellt. Dem anerkannten Kriegsflüchtling wird die Vorbereitung einer schweren staatsgefährdenden Straftat vorgeworfen – ob seine früheren Mitbewohner ebenfalls zum Kreis von Gefährdern gehören, ist noch offen. Mamdoh A. ging in Pegnitz zur Schule, dort wurde er als „freundlich und zugänglich“ beschrieben: „Er war schnell in der Klasse drin“, Klasse !

In Zapfendorf bei Bamberg fesselten ein 20- und ein 23-jährigen Syrer einen weiteren 26-jährigen Syrer beim Fernsehgucken – und stachen dem Opfer mit einem Küchenmesser zunächst in den Hals. Die syrischen Killermaschinen wickelten ihm ein Hemd um den Hals und stopfen Teile des Stoffs in seinen Mund. Danach begannen sie das Schlachten mit „massiver Gewalteinwirkung“. Sodann wollten Merkels Lieblinge dem noch lebendem Opfer mit einer 20-cm-Fleischerklinge die Hände und Füße abtrennen, was den erfahrenen Schächtern nicht gänzlich glückte, das Opfer verblutete und erstickte zugleich davor. Die Täter nahmen 1.260 Euro Bargeld, ein Handy und Zugtickets mit aus dem Zimmer des Mannes. Das Geld teilten sie laut Anklage „brüderlich“. Vor Gericht schilderte der jüngere Verdächtige, dass er in Syrien „im Straßenkampf“ Menschen getötet habe. Dies habe ihm durchaus Spaß gemacht.

Im Merckelsommer 2015 produzierte der Bayerische Rundfunk einen auf Tatsachen beruhenden Kurzfilm über genau diese Asylresidenz im fränkischen Zapfendorf, welche vor 2015 noch ein zünftiges Barockschloss-Wirtshaus war: Das GEZwangsfianzierte „Culture Clash“-Movie erzählte die Geschichte eines Touristenpaares, die dort einkehrten, das spätere Folterhaus mit einem Gasthaus verwechselten und „fürstlich von den Syrern“ bewirtet wurden. Als sie bezahlen wollten, bemerkten sie das interkulturelle „Missverständnis“. Sie könne in Erinnerung daran „gleich wieder heulen“,

konstatierte die gutmenschliche Rentnerin Gabriele Stärz – der „schneidige Service“ in dem vermeintlichen syrischen Restaurant habe ihr sehr zugesagt. Ein Gast der Horror-Herberge zahlte allerdings mit seinem Leben. Das vertrauensselige Rentnerpaar hatte mehr Glück als Verstand.

Auch eine weitere interkulturelle Begegnung in Franken verlief suboptimal: Als ein 34 Jahre alter Bahnreisender im Regionalexpress nach Aschaffenburg kurz vor Weihnachten einen epileptischen Anfall bekam und sich am Boden krümmte, eilte ihm sofort ein mitreisender 19-jähriger Afghane zu Hilfe, während andere Passagiere tatenlos zusahen. Der Geflüchtete beugte sich über den Kollabierten und „verarztete“ ihn, wie es seinem Kulturkreis entspricht. Viele Hilfesuchende sind nach Medienberichten und „Zeugniskopien“ schon im Alter von 19 Jahren promovierte Herzchirurgen, Neurologen und „syrische Ärzte“. Der junge Erste-Hilfe-Leistende zeigte sich jedoch zu beschämt, um Dankbarkeit zu empfangen und verabschiedete sich sehr schnell in afghanischer Selbstlosigkeit. Bescheiden verließ er daher in Aschaffenburg noch vor Eintreffen des Rettungsdienstes und der Polizei den Zug. Die Auswertung der Videoüberwachung des Zuges hatte schließlich ergeben, dass sich der Erste-Hilfe-Leistende über den Epileptiker gebeugt hatte und ihm blitzschnell das Handy aus der Hosentasche entwendete. Der afghanische Raubfugee war zudem ein polizeibekannter Intensivtäter. Nach Aufnahme der Personalien wurde der hinterlistige Hilfeleistende vom Hindukusch wieder auf freien Fuß gesetzt. Alle Systemmedien verschwiegen die Details der Tat – da kann man tatsächlich Anfälle kriegen.

Auch die scheinheiligen Profiteure der Asylindustrie bleiben nicht verschont vor den kruden Untaten der Schäfchen: Sechs Kirchen in drei Tagen verwüstet ! In der gebenedeiten Domstadt Bamberg – welche Markus Söder als künftiges Mega-Willkommens-Ankerzentrum für seine Heimat Franken auserkoren hat, kam es im Mai zu aktuell sechs Fällen von Kirchenvandalismus. Heiligenfiguren wurden vom Sockel gestoßen, Kirchenfenster

eingeworfen, Kruzifixe umgestoßen und gestohlen. Es entstand ein immenser materieller und ideeller Schaden. Gegen den „25-jährigen Bamberger“ wurde Haftbefehl wegen gemeinschädlicher Sachbeschädigung und Diebstahl in einem besonders schweren Fall erlassen (§ 243 Nr. 4 StGB, „res sacrae“). Sakradi, Kruzifix noamoi, der „Bamberger“ war ein gebürtiger Lette, der sich im deutschen Sozialsystem immer noch wohlfühlt.

Zur überraschenden Festnahme kam es, als der „25-jährige Bamberger“ in der gleichen Woche in einem Einkaufsmarkt einen räuberischen Diebstahl begehen wollte, einen Angestellten schlug und ins Gesicht spuckte. Der Zuwanderer hinterließ dabei seinen Rucksack mit sakralem Diebesgut und seinen Ausweis. Dummerweise ist der Flüchtige später selbst auf die Polizeiwache gekommen, um seinen Rucksack abzuholen. Daraufhin wurde er vorerst festgenommen.

Blitz-Trennung nach Scharia-Art in Oberfranken: In Hof fanden Verwandte die ermordete Irakerin Shahad F. in einem Mehrfamilienhaus. Shahad war eine 19-Jährige Asylbewerberin aus dem Irak, die sich seit etwa zwei Jahren in Deutschland aufhielt. Der irakisch-syrische Sohn, der bei der Tat im Zimmer war, wurde bei Verwandten untergebracht. Die junge Frau hatte sich sechs Monate vor dem Mord von ihrem syrischen Partner und Vater des gemeinsamen Sohnes getrennt. In dem aufwendig renovierten Gebäude leben ausschließlich Flüchtlinge, es gehört jetzt einem Iraker. Nach der steuerfinanzierten Gentrifizierung des prächtigen „größten Gründerzeitviertel Oberfrankens“ ist die Gegend wieder zum prekären Migrations-Hotspot geworden. Auch in unmittelbarer Nachbarschaft wurden bereits früher zwei Prostituierte mit einer „Vielzahl von Messerstichen“ ermordet, Täter unbekannt.

Ende Juni stachen „südländisch aussehende“ Unbekannte nach einem Diskobesuch zwei Brüder in Würzburg nieder und verletzten sie „schwer bis lebensgefährlich“. Die zwei Männer verfolgten den 25-Jährigen und seinen 18-jährigen Bruder nach dem Verlassen eines beliebten Clubs in der Innenstadt. Der 25-

Jährige erlitt lebensgefährliche Stichverletzungen am Oberkörper. Sein sieben Jahre jüngerer Bruder wurde ebenfalls schwer verletzt und auf die Intensivstation gebracht.

Am folgenden Tag gab es Massenproteste in Würzburg gegen die „Spaltung von Menschen“ – allerdings von Links. Pro-Asyl-Aktivist*Innen“ hatten ausgerechnet auf der „Brücke der Deutschen Einheit“ Transparente gehisst und damit für ein stundenlanges Verkehrs-Chaos in Würzburg gesorgt: „#Solidarity 4 all – gegen Abschiebung, Ausgrenzung und Rechte Hetze“.

Eine Polizeieinsatzeinheit diskutierte daraufhin mit den Kletterern. Diese hätten, in den Stahlseilen hängend, gegenüber dem Einsatzleiter auf der Drehleiter „auf diesem Wege die Versammlung nachträglich anmelden“ wollen. Das ist die Höhe! Einen Abbruch der „spontanen Demonstration habe man aber als nicht verhältnismäßig“ bewertet, so ein unterfränkischer Polizeisprecher. In einer Pressemitteilung hatte die „Initiative Bleiberecht“ erklärt, dass es wichtig sei, dass „Visionen entwickelt würden“, die es allen Menschen ermöglichen, in Zukunft solidarisch ohne Ausgrenzung und Ausbeutung leben zu können. Die Initiative wolle mit der Aktion zeigen, dass es nicht drum gehen könne, mit „populistischer Hetze die Spaltung von Menschen“ voranzutreiben. Im Februar protestierte die Initiative ebenfalls gegen Sammelabschiebungen von afghanischen Schwerstkriminellen und Vergewaltigern nach Kabul.

» Morgen: Teil 6 – „Jagdszenen aus Niederbayern“

» [Teil 1](#)

» [Teil 2](#)

» [Teil 3](#)

» [Teil 4](#)

PI-NEWS-Autor MAX THOMA lebt in München-Schwabing. Er ist gelernter Wirtschaftsjurist, Staatsrechtler und habilitierter

Medienwissenschaftler. Er arbeitet als Unternehmensberater, Bauinvestor und Schriftsteller. Sein Urgroßonkel war der bekannteste bayerische Schriftsteller, Rechtsanwalt und Berlin-Regimekritiker Ludwig Thoma. Für seine bayerisch-patriotische Überzeugung wurde Ludwig Thoma des öfteren inhaftiert. Auch er würde heute sicherlich NICHT die CSU wählen.



Bayern ist sicher ... am Abgrund! (Teil 1)

Von MAX THOMA | Bayern ist sicher – nicht mehr das Land, das es vor 2015 einmal war. Zehntausende Analphabeten aus archaischen Kulturen bevölkern die Marktplätze, Freibäder, „Verkehrs“-Mittel und Straßen. Vergewaltiger, Grapscher, Mörder, afrikanische Raubnomaden, islamische Gefährder, Allahkrieger, „Großfamilien“ und Kopftuch-Sippen, polizeibekanntes Messer-MUFL, Fachkräfte für unbürokratische Eigentumsübertragung mit Rotationshintergrund und unzählige „Psychisch Verwirrte“ sind im Rahmen des „Historisch einzigartigen Experiments“ in den vormals lebenswerten Freistaat importiert worden. Sie fühlen sich in den erklecklichen Sozialsystemen des freigiebigen Freistaats durchaus pudelwohl, wie geplant.

Bunt statt weiß-blau, Göttliche Scharia statt Heilige Maria,

Ehrenmord statt Ehrenwort, Lynch-Gerichte statt Münchner G'schichten, Messerdealer statt Messdiener, Marihuana statt Maria Johanna, Halal statt Halali, Rape statt Rave, Taharrush statt „Fensterln“, Schlachtfest statt Volksfest, Schlachtplatten statt Schuhplatteln in Plattling ... nur Plattitüden und zusammenhanglose Einzelfälle, wenn man der süddeutschen „Qualitätspresse“ glaubt.

Im „PI-NEWS-Landtags-Wahlcountdown“ beleuchten wir diese Woche unzählige spektakuläre Gewaltdelikte durch Migranten im ehemaligen „Frei-Staat“. Ein nur ansatzweises Chaos-Kaleidoskop der *Einzelfälle* aus den Schwerpunktregionen der Flüchtlings- und Migrationskriminalität der letzten zwei Jahren in Bayern. Nur ein „Bruchteil“ der zunehmend beängstigenden Zustände im angeblich „sichersten Bundesland Deutschlands“ – jedoch durchaus exemplarisch-symptomatisch:

Teil 1: „Krisenregion Ingolstadt“

Bayerns neues Vergewaltigungs-Mekka ist seit 2016 Ingolstadt. Allein im Umland der Audi-Stadt vor Seehofers Kinderstube treiben tausende „Schutzedürftige“, vorrangig aus Subsahara-Regionen ihr Unwesen – denn neben Horsts Modell-Eisenbahn befindet sich hier auch Bayerns Modell-Ankerzentrum, kurz: „Landesamt für Asyl und Rückführungen“ mit vier prekären Standorten. Viele Sexualdelikte aus den letzten zwei Jahren sind bis heute trotz DNA-Spuren nicht aufgeklärt, wie die lebensgefährliche Vergewaltigung einer 33-jährigen Konzertbesucherin aus Gaimersheim durch einen Schwarzafrikaner zeigt. „Im Gewusel der vielen Massenunterkünfte geht den zuständigen Behörden schnell mal der Überblick und damit auch die Kontrolle über einzelne Bewohner verloren. „Da sind einige, die dort nicht gemeldet sind, und andere, die dort sein sollten, sind nicht mehr da“, beschreibt ein Ingolstädter Kriminalermittler die fatale Situation, die für ganz Bayern zutrifft.

Am gleichen Tag, Seehofers 68. Geburtstag wurde eine 67-

jährige (!) Joggerin im Ingolstädter Hindenburgpark mit roher Gewalt in ein Gebüsch gezerrt, ein „Mann“ nahm danach „sexuelle Handlungen“ an ihr vor. Eine eingeleitete Großfahndung mittels Hubschrauber blieb erfolglos. Im Mai wurde eine 35-jährige Joggerin am Donaudamm brutal von einem Schwarzafrikaner „hinterrücks“ überfallen. Der „offensichtlich sexuell motivierte Angriff“ konnte trotz DNA-Spuren nicht aufgeklärt werden.

Merkelgast Sergej K. drang nackt in die Wohnung einer Studentin ein und dann in der Badewanne in sie. Die Studentin ist immer noch in psychologischer Behandlung, die Rapefugee-Fachkraft hinterließ danach im Arbeitszimmer eine „Ko(s)tprobe“ ihres Könnens. Der Rumäne Romica Iakab vergewaltigte eine 51-jährige Taxifahrerin. Der gerade aus der Haft entlassene Somalier „Hussain Hussain“ zerrte in der Ingolstädter Klinikumspsychiatrie eine 17-jährige Pflegekraft ins Gebüsch, weder regionale noch überregionale Medien berichteten über das polizeilich erfasste Sexualdelikt – mit Ausnahme von PI-NEWS. Diskretion ist alles in Bayern.

Der bereits verurteilte Senegalese Sow M., 35, verging sich in einer Ingolstädter Club-Toilette an einer Studentin und verletzte ein zweites Mädchen. Der westafrikanische Blutdiamant wurde nach kurzer Haft in einem Containerdorf mit rund 90 Bewohnern vollversorgt mit Fußfessel einquartiert. Dort lebten bislang auch Familien mit schulpflichtigen Kindern, die nun wegen Sow M. in eine andere Stadt ausquartiert wurden. Diese Verfügung der bayerischen Behörden sorgt auch bei der Bevölkerung derzeit für „Unmut“.

Im benachbarten Eichstätt hält der „Geldschein-Heilige“ Bischof Gregor Maria Hanke seine schützende Hand über seine Genital-Goldstücke: In der Innenstadt vergewaltigte ein 34-jähriger Afghane eine 60-jährige Hundebesitzerin, andere Asylanten sahen ruhig zu. In einer Kirche vergewaltigte ein 32-jähriger Nigerianer die Mesnerin – er leide unter paranoid-halluzinatorischen Schizophrenie und ist nicht schuldfähig.

Das Stadtbild im hochbarocken Eichstätt gleicht mittlerweile zu allen Tageszeiten Ouagadougou dank kostenfreiem WLAN der Kirche. Die umtriebigen Zöglinge des Bischofs sind omnipräsent, oftmals schon mittags betrunken und zugehöhnt mit Marihuana. Da hilft nur ein kleines „Stoß-Gebet“ des Bischofs aus der Asylindustrie: Ora et Deflora! Der Eichstätter Bischof Hanke hatte unlängst bei einer illegalen Investition von Stiftungsgeldern 60 Millionen US-Dollar in den USA komplett verspielt und benötigt nun jeden blutigen Asylcent. Er ist trotz des „unglaublichen“ Finanzskandals immer noch im sakralen Amt.

Während einer Geiselnahme im Jugendamt des benachbarten Pfaffenhofen stach ein „emotional verwirrter“ kasachischer Messer-Täter einer Sachbearbeiterin in den Hals. Nach dem Einsatz eines SEK-Spezialeinsatzkommandos mit Helikopter war die Innenstadt den ganzen Tag evakuiert.

Ein Großaufgebot der Ingolstädter Polizei mit 17 Einsatzwagen konnte noch weitere Verletzte bei einem „Gewaltaufstand“ im bayerischen Transit-Zentrum Manching-Ingolstadt verhindern. Bei der Auszahlung des „Taschengeldes“ eskalierte die bereits seit Wochen schwelende Gewaltsituation in der Unterkunft – Behördenmitarbeiter und Security-Personal mussten sich in Todesangst vor den tumultartigen Ausschreitungen von über 100 schwarzafrikanischen Plünderern verschanzen, mehrere Mitarbeiter des Sicherheits-Dienstes wurden verletzt. Bei einer weiteren mittlerweile täglichen Eskalation in Manching griffen 50 Merkel-Orks die Beamten an, wobei ein Kleinkind verletzt wurde. Die nigerianische Mutter schlug mit ihm auf ein Polizeiauto ein und ließ es dann fallen.

Im Zentrum Ingolstadts griffen drei Merkel-Zombies unvermittelt einen Pizza-Lieferanten mit einer laufenden Kreissäge an und zertrümmerten sein Fahrzeug mit Äxten. Der Pizzabote entkam knapp mit dem Leben. Gegen einen der kirgisischen Zuwanderer bestand bereits ein Strafvollstreckungsbefehl wegen Raubes. In einem

Schrebergarten in Gaimersheim wird ein Familienvater von dem 41-jährigen Yasmin K. ermordet. Die Kriminalität durch Geflüchtete und „Zuwander“ stieg allein in Ingolstadt um 500 % in 2 Jahren an. Von 150 auf über erfasste 1.000 Fälle – die „Dunkelziffer“ liegt um ein Vielfaches höher.

Die politisch irrlichternde Södhofer-Partei verschleuderte binnen kurzer Zeit Bayerns Zukunft. Und die ist laut Karl Valentin „auch nicht mehr das, was sie einmal war“.

» Morgen: Teil 2 – „Asyl-Brennpunkt München“

PI-NEWS-Autor MAX THOMA lebt in München-Schwabing. Er ist gelernter Wirtschaftsjurist, Staatsrechtler und habilitierter Medienwissenschaftler. Er arbeitet als Unternehmensberater, Bauinvestor und Schriftsteller. Sein Urgroßonkel war der bekannteste bayerische Schriftsteller, Rechtsanwalt und Berlin-Regimekritiker Ludwig Thoma. Für seine bayerisch-patriotische Überzeugung wurde Ludwig Thoma des öfteren inhaftiert. Auch er würde heute sicherlich NICHT die CSU wählen.



Ankerzentren: Großbrand in

Bamberg – Geheimtreffen in Deggendorf

Von EUGEN PRINZ | Man kann es nicht anders ausdrücken: Bürger, die in der unmittelbaren Umgebung von einem der sieben bayerischen Ankerzentren für Flüchtlinge mit geringer Bleibeperspektive wohnen, können sich „die Kugel geben“. Zu dieser Erkenntnis sind wohl mittlerweile auch die Anlieger des Ankerzentrums Deggendorf gelangt, in dem momentan 388 Migranten aus Eritrea, Aserbaidschan und Sierra Leone untergebracht sind. Bald werden auch noch Nigerianer hinzukommen.

Behörden laden Betroffene zu „Geheimgespräch“ ein

Nicht nur, dass der Marktwert ihrer Immobilien in den Keller gerauscht ist, auch das normale Leben gehört für die Anlieger der Einrichtung ein für alle Mal der Vergangenheit an.

Aufgrund der massiven Beschwerden der Betroffenen wurde seitens der Behörden zu einem Gesprächsabend in der Turnhalle des nahen Robert-Koch-Gymnasiums eingeladen. Angedachtes Thema waren die vom Ankerzentrum ausgehenden ständigen Ruhestörungen, doch im Laufe der Diskussion stellte sich sehr schnell heraus, dass die prekäre Sicherheitslage rund um die Einrichtung das eigentliche Anliegen der Bürger war. Neben dem Deggendorfer Oberbürgermeister Moser und Landrat Christian Bernreiter (beide CSU), stellten sich auch Regierungspräsident Rainer Haselbeck sowie der Deggendorfer Polizeichef Stephan Seiler den Fragen der betroffenen Bürger. Eingeladen waren allerdings nur Anwohner im Umkreis von 400 Metern um das Ankerzentrum, weil man nicht die „Falschen“ dabei haben wollte, so die Veranstalter. Daher wurde der Termin vorher nicht publik gemacht.

Diskussionsbeginn: Wer macht den Ersten und outet sich als „Rechter?“

Die Diskussion begann ziemlich schleppend, weil die Anlieger offenbar Angst hatten, als „Rechte“ zu gelten, wenn sie ihre Beschwerden äußern. Es war schließlich Karl Magnus Malmberg, Leitender Polizeidirektor im Ruhestand, der das Eis brach. Der ehemalige Angehörige des Bundesgrenzschutzes (jetzt Bundespolizei) ist selbst einer der Betroffenen und hielt mit seiner Meinung nicht hinter dem Berg: „Meine Frau geht nachts nicht mehr alleine raus, aus Angst vor Belästigung.“ Er habe selbst mitbekommen, dass viele der hier untergebrachten Migranten „keinen Respekt vor deutschen Frauen“ hätten und diese zuweilen aufs Übelste beleidigten. Dann brachte er es auf den Punkt: „Das Thema Sicherheit ist viel drängender als die Lärmbelästigung.“ Daraufhin gab es allgemeinen Applaus und das Eis war gebrochen. Jetzt legten die Anwohner richtig los:

Sicherheitsgefühl der betroffenen Anlieger völlig zerrüttet

Einer berichtet von wildem Lärm und Polizeisirenen um 3 Uhr morgens. „An Nachtschlaf ist dann nicht mehr zu denken und das ist kein Einzelfall“. Eine junge Frau beklagt: „Man wird von diesen Leuten als Frau immer angesprochen, sogar tagsüber und wenn der Freund dabei ist. Das ist richtig gruselig.“ Die Inhaberin einer Praxis in der Rosengasse fürchtet sich, weil sie nach der Arbeit abends auf dem Nachhauseweg durch die Bahnstufung muss: „Ich will da gar nicht mehr durchgehen. Man wird hier laufend belästigt. Das ist in letzter Zeit deutlich schlimmer geworden.“ Zwischen dem Drogeriemarkt Müller und Kulturviertel habe sich ein Treffpunkt für junge Migranten etabliert. Bis zu 40 Flüchtlinge würden sich dort die Zeit vertreiben und vorbeikommende Passanten belästigen. Zuletzt habe sogar ein junger Mann vor ihr die Hosen heruntergelassen. Immer mehr kristallisiert sich heraus, dass es insbesondere die Frauen sind, deren Sicherheitsgefühl in ihrer häuslichen Umgebung durch die Bewohner des Ankerzentrums vollkommen zerrüttet wurde.

Anwohnerin fordert Zuschuss für Taxifahrten

Eine Anwohnerin fordert von der Stadt Deggendorf, für sie und ihre Nachbarn künftig einen Zuschuss für Taxifahrten zu zahlen. Denn wer zu Fuß in dieser Gegend unterwegs sei, fühle nicht mehr sicher, so die junge Frau.

Eine direkte Nachbarin des Ankerzentrums beklagt, dass Müll und leere Flaschen direkt in ihrem Garten landen würden, außerdem werde das ständige Lärmen der oft betrunkenen Migranten immer unerträglicher. Ein weiterer Anwohner berichtet, dass seine Tochter sexuell belästigt worden sei. Aber: „Wir haben das nicht angezeigt, weil sie sich schämt.“ Anschließend wird er sehr deutlich: „Sie löffelt nur das aus, was uns Frau Merkel eingebrockt hat.“ Eine Mutter beklagt: „Unsere Deandl haben Angst.“ Migranten würden keine Rücksicht auf die Kleinen nehmen, nicht einmal einem Kinderwagen würden sie ausweichen.

Vorwurf der Anwohner: Größere Polizeieinsätze – nichts davon in der Presse

Auch die Regierung von Niederbayern und die Polizei bekamen ihr Fett ab, als ein weiterer Beschwerdeführer den Behörden mangelnde Transparenz vorwarf. Man würde oft größere Polizeieinsätze im Ankerzentrum bemerken, aber in der Zeitung sei dann nicht eine Zeile darüber zu lesen.

Im Laufe der Veranstaltung wurden die Gesichter der anwesenden Politiker und Behördenvertreter immer ernster. Vor allem das völlig zerrüttete Sicherheitsgefühl der betroffenen Anlieger gab ihnen zu denken.

Lösungen? Fehlanzeige!

Aber außer salbungsvollen Worten hatten die Behördenvertreter nicht viel an Lösungen zu bieten. Der einzig halbwegs brauchbare Vorschlag kam von Landrat Bernreiter: „Störer“ in der Deggendorfer Einrichtung würden künftig nach Stephansposching verlegt. Diese Einrichtung liegt nahe der Autobahn. „Dort könnten sie lärmern“, so der Landrat.

Anwohner: „Ich lass mich doch nicht verarschen!“

Ansonsten war noch die Rede von „wertvollen Hinweisen“, für die man sich bedanken würde. Dann wurde noch über „Herausforderungen, die wir uns alle nicht ausgesucht haben“ schwadroniert und zum Schluss kam das Resümee: Der Freistaat Bayern habe die Lage „insgesamt gut im Griff“. Kein Wunder, dass einer der Anwohner die Reißleine zog und sich noch vor dem Ende der Veranstaltung, wütend verabschiedete: „Ich lass mich doch nicht verarschen!“

Ankerzentrum Bamberg brennt

In den Ankerzentren ist immer etwas los. Bei Fertigstellung dieses Artikels erreichte den Autor die Nachricht, dass im [Ankerzentrum Bamberg der Dachstuhl brennt](#). Aus dem Gebäude schlagen meterhohe Flammen, die Rauchsäule ist kilometerweit zu sehen. Anwohner wurden aufgefordert, Fenster und Türen geschlossen halten. Bisher mussten 150 Asylanten evakuiert werden. Bei den Löscharbeiten wurde ein Feuerwehrmann verletzt. Über die Brandursache ist bisher nichts bekannt. Allerdings sind fahrlässige und vorsätzliche Brandstiftungen in Asylbewerberheimen durch deren Bewohner ein großes Thema. Man weiß auch, dass Flüchtlinge mit geringer Bleibeperspektive oder Asylbewerber, deren Anträge abgelehnt wurden, diejenigen sind, die die meisten Probleme verursachen. Sie glauben wohl, es den Deutschen „heimzahlen“ zu müssen. Es bleibt nun abzuwarten, was die Brandermittler der Kriminalpolizei zutage fördern.



Ingolstadt: Schutzsuchender sticht Security-Mann Schere in den Hals

Von BEN NICKELS | Woche der Gewalt in Ingolstadt, der Heimatstadt Seehofers: „Zusammenrottungen“, Hetzjagden eines wütenden Mobs und vielfache Körperverletzungen durch illegale Asylbewerber erschüttern ein weiteres Mal die oberbayerische AUDI-Stadt.

Stich in den Hals

Am Dienstagnachmittag wurde die Ingolstädter Polizei zu einem Streit in der „Asylbewerberunterkunft“ an der Manchinger Straße gerufen. Die stichhaltige Auseinandersetzung brach aus, als der Sicherheitsdienst die Zimmer kontrollieren wollte, um [gefährliche Gegenstände](#) und weitere Waffen der „Schutzbedürftigen“ zu finden. Ein Bewohner wehrte sich, warf mit Gegenständen nach den Sicherheitskräften und kratzte sie. Als ein Angestellter des Sicherheitsdienstes den aufgebrachtten Neu-Ingolstädter umklammern wollte, stach dieser mit einer Schere zu und verletzte den Mitarbeiter am Hals. Erst die alarmierte Polizei konnte den aggressiven zukünftigen AUDI-Ingenieur festnehmen.

Tumult von 80 „Bewohnern“ mit Sicherheitskräften

Etwa eine Stunde später wurde der Polizei erneut an die

Manchinger Straße gerufen. Nun lieferten sich rund 80 „Geflüchtete“ eine brutale Schlägerei mit den Sicherheitskräften. Der Grund dürfte die Kontrollaktion der Zimmer gewesen sein, vermutet die Polizei, die mit vier Streifenwagen anrückte und die Situation unter Kontrolle bringen konnte. Die Beamten nahmen drei der Anstifter vorübergehend fest und stellten die Personalien fest. Insgesamt sechs Bewohner verschiedener Nationalitäten wurden wegen diverser Körperverletzungsdelikte, sowie wegen Bedrohung, Sachbeschädigung und Hausfriedensbruches angezeigt. Bei den zwei Vorfällen wurden fünf Sicherheitsdienstmitarbeiter verletzt.

„Tumultartige Szenen“ in Asylbewerber-Unterkunft Oberstimm

Am Donnerstag Nachmittag kam es dann in der Asylbewerber-Unterkunft auf dem Gelände der Max-Immelmann-Kaserne im Manchinger Ortsteil Oberstimm zu „tumultartigen Szenen“ zwischen mehreren „Flüchtlingen“ und dem Sicherheitsdienst. Die Polizei war laut Mitteilung selbiger mit [„einem größeren Aufgebot im Einsatz“](#) – wie fast mittlerweile täglich. Ein Sprecher der Ingolstädter Polizei berichtet von einer „handfesten Auseinandersetzung“ der „Schutzsuchenden“, bei der auch wieder Scheren als Tatwaffen verwendet worden seien. Zudem seien mehrere Messer sichergestellt worden. Im Verlauf der Auseinandersetzung wurden auch Angestellte des Sicherheitsdienstes durch herumgeworfene Mülleimer und Tritte getroffen und dabei leicht verletzt. Die Polizei wurde verständigt und rückte schließlich mit zehn Streifenwagen in Richtung von Söders Vorzeige-Ankerzentrum Manching-Oberstimm aus.

Auslöser der Auseinandersetzung sei nach ersten Erkenntnissen der Gesetzeshüter die Zugangskontrolle des Sicherheitsdienstes bei einem 24 Jahre alten Nigerianer gewesen, der die Asylunterkunft mit einem Taschenmesser betreten wollte – was ihm verwehrt worden sei. „Schnell wurde hieraus eine größere Streitigkeit zwischen mehreren hinzugekommenen nigerianischen

Asylbewerbern und dem Sicherheitsdienst“, heißt es im Bericht der Polizei.

Asylamt Manching-Oberstimm: Söders Muster-Willkommenszentrum

Ein 20 Jahre alter Nigerianer musste vorübergehend in Gewahrsam genommen werden, wie die für Manching zuständige Polizeiinspektion Ingolstadt bekannt gab. Insgesamt seien vier Nigerianer im Alter zwischen 20 und 36 Jahren als mutmaßliche Tatverdächtige bekannt. Der genaue Tatablauf müsse nun durch polizeiliche Vernehmungen geklärt werden. „Es wird wegen gefährlicher Körperverletzung und Sachbeschädigung ermittelt“.

Vor einigen Wochen hatten Bayerns Ministerpräsident Markus Söder, CSU und Innenminister Joachim Herrmann, feierlich das neue „Bayern-Asylamt“ in Ingolstadt eingeweiht. Doch der Dank der nach Bayern importierten Goldstücke – vorwiegend aus Nigeria, Somalia und der „Subsahara-Region“ – dafür hält sich „in Grenzen“:

Auch Mitte August kam es zu „Riots“ in der früheren Max-Immelmann-Kaserne in Manching. Mehrere Polizisten und Sicherheitsleute wurden dabei verletzt. Auslöser für den Zwischenfall war laut Polizeiangaben die geplante Verlegung eines 22-jährigen Bewohners in ein anderes Zimmer. Der Afrikaner hatte sich lautstark dagegen gewehrt. Als die Beamten eintrafen, schrien nach deren Angaben rund 30 Bewohner durcheinander und griffen dann Mitarbeiter des Sicherheitsdienstes mit Schlaggegenständen an. Insgesamt nahm die Polizei bei dem Einsatz mit rund 20 Beamten fünf Merkelgäste vorläufig fest. Zwei Tatverdächtige leisteten Widerstand und verletzten drei Beamte. Im Zusammenhang mit den Tumulten wurde gegen sieben Täter ermittelt, unter anderem wegen tätlichen Angriffs auf Vollstreckungsbeamte, Körperverletzung und versuchter Gefangenenbefreiung. Sogar [BILD](#) berichtete über die Gewalttaten in Ingolstadt.

Merkel-Orks at W-Ork!

Immer wieder müssen sich Mitarbeiter des Sicherheitsdienstes und des Landratsamtes Pfaffenhofen – insbesondere bei der lebensgefährlichen Auszahlung des „Taschengeldes“ nach dem Asylbewerberleistungsgesetzes – in Todesangst vor dem schwarzen Plünderer-Mob verbarrikadieren und werden körperlich mit Eisenstangen und Stichwerkzeugen angegriffen, [PI-NEWS berichtete mehrfach](#) über die Angriffe durch die illegalen Invasoren. Seit Ende 2016 kam es zu einer beispiellosen Vergewaltigungsserie rund um die Aufnahmezentren im Großraum Ingolstadt und Eichstätt – PI-NEWS berichtete in [einer eigenen Serie](#).

Das Vorzeige-Willkommens- und „Ankerzentren für Asylbewerber“ in Oberstimm bietet Platz für 2.000 Flüchtlinge – der ehemals friedliche Ort Oberstimm hat 2.000 weitere einheimische Einwohner. Noch.

Vor 2.000 Jahren war Manching das „Manhattan der Kelten“ und neben Rom und Lutetia (Paris) die drittgrößte Stadt Europas. Heute ist es die Bronx Bayerns.



„Flüchtlinge“ – ein CDU-Bürgermeister hat fertig

Von LUP0 | Daniel Günther (CDU), der schwarzgrüne Ministerpräsident von Schleswig-Holstein, hat gerade

gefordert, die Bürger mögen sich weniger mit der Flüchtlingspolitik beschäftigen. Für die wohl meisten Bürger von Boostedt, einer 4600-Einwohner-Gemeinde bei Neumünster in Schleswig-Holstein, und ihrem christdemokratischen Bürgermeister Hartmut König, mag das wie Hohn geklungen haben. „Die Stimmung in Boostedt kippt“, [klagt König öffentlich an](#). Wegen der „Flüchtlinge“ und den wachsenden Problemen.

Wenn ein Bürgermeister in seltener Klarheit und in aller Öffentlichkeit so vom Leder zieht, dann muss schon „Matthäi am letzten“ sein. Die Redewendung bedeutet so viel wie, dass jemand nervlich am Ende ist. Gegenüber KN-online klagt König über Krawall, rüpelhaftes Benehmen und Respektlosigkeit. Hauptgrund für die Entwicklung sei, dass es sich bei den rund 800 Bewohnern der Landesunterkunft (LUK) vorwiegend um junge Männer ohne Bleibeperspektive handele. Insgesamt sind dort 1200 Migranten untergebracht.

Das heißt, dass mehr als ein Viertel der Einwohner aus Zuwanderern besteht. Diese leben in der sog. Landesunterkunft (LUK), einem „Ankerzentrum von hinten herum“, vermutet König.

Die Boostedter hätten anfangs große Hilfsbereitschaft gezeigt, viele hätten sich ehrenamtlich für die Zuwanderer engagiert, sagte König laut Kieler Nachrichten. Das habe sich nun geändert. „Das Ehrenamt ist zusammengebrochen.“ Das Engagement werde „von den Flüchtlingen nicht gewürdigt“, so König. Die schwierige Klientel der LUK beschreibt er so: „Sie dürfen nicht arbeiten, wollen keinen Kontakt zur Bevölkerung, haben kein Interesse an Sprachunterricht und fallen in der Unterkunft durch Alkohol und Krawall auf.“ Die Polizei hat ihre Kräfte in der Asyl-Unterkunft auf 23 Beamte aufgestockt. Wiederholt war es dort zu handgreiflichen Auseinandersetzungen unter Bewohnern gekommen.

Vom Land fühlt sich König allein gelassen und besteht auf einer weiteren zentralen Einrichtung in Schleswig-Holstein. Dort will man das Boostedter Flüchtlingslager noch bis 2024

erhalten und die Unterbringungszahlen ab Dezember 2019 auf 500 bis 700 maximal reduzieren.

Die Kieler Nachrichten springen dem bedrängten Bürgermeister zur Seite. „So offen, so ehrlich und, ja, so mutig hat wohl noch kein Bürgermeister in Deutschland die realen Probleme mit Zuwanderern in seinem Ort beim Namen genannt. Wir haben uns dazu entschieden, seine Schilderungen im Wortlaut zu dokumentieren – auch weil auf diese Weise der moralische Zwiespalt deutlich wird, der den Christdemokraten quält“, schreibt Chefredakteur Christian Longardt.

Es lohnt sich, den [Kommentar des leitenden KN-Journalisten](#) streckenweise wörtlich zu zitieren:



*Christian
Longardt.*

Diesen Zwiespalt erleben nach drei Jahren intensiver Flüchtlingsdebatte doch auch viele andere, selbst wenn sie viel weiter vom Asylthema entfernt sind als der Bürgermeister einer Kommune mit zentraler Asylunterkunft. Straftaten von Migranten, die längst hätten abgeschoben werden sollen, haben das Klima in der Republik nachhaltig verändert, der Terroranschlag von Berlin war ebenso eine Zäsur wie der Fall der ermordeten Susanna in Mainz und die Affäre um das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge.

In Boostedt geht es nicht um Terror, nicht um schwere Kriminalität. Hartmut König beschreibt einen schleichenden Prozess, der die Stimmung in seinem Dorf der Flüchtlingsfreunde Stück für Stück zum Kippen bringt. Selbst

die Willkommensinitiative hat schon die Segel gestrichen. In Boostedt geht es um mangelnden Respekt, um Grenzüberschreitungen und das wachsende Gefühl, das einem Teil der Migranten nicht mehr zu helfen ist, weil sie keine Hilfe wollen.

Und weiter:

Die grundlegende Frage, die weit über Boostedt hinausreicht: Was macht unsere Gesellschaft mit Migranten, die hier im Lande sind und absehbar noch bleiben, aber für Integrationsbemühungen der Mehrheitsgesellschaft nicht erreichbar sind? Hunderte vorwiegend junge Zuwanderer auf engem Raum, die aus verschiedenen Gründen nicht außer Landes gebracht werden können und für die Integration verloren sind: Das kann auf Dauer nicht gutgehen. Und es geht in der Landesunterkunft offenbar auch nicht gut. Das auszusprechen, ist Königs Verdienst. Teile der Öffentlichkeit werden ihn dafür heute als Rassisten beschimpfen, was ebenso erwartbar wie ungerecht ist.

Longardt gibt der Landesregierung und ihrem Ministerpräsidenten mit auf den Weg: „Wegducken löst keine Probleme“. Dem ist nichts hinzuzufügen. Frau Merkel, bitte notieren.

<https://youtu.be/qW1UMJarISs>



Irres Polizeiaufgebot um Afrikaner zu verlegen und Messer zu suchen

Erst im Frühjahr war es in der Erstaufnahmestelle im bayerischen [Donauwörth](#), wo zum Großteil Gambier untergebracht sind, zu derartiger Randalen gekommen, dass das „lokale Ereignis“ es in die Systemmedien schaffte. Mehr als 50 der importierten Gewaltfachkräfte hatten sich der Polizei beim kläglichen Versuch eine Abschiebung durchzusetzen entgegengestellt. Die Maßnahme wurde abgebrochen ([PI-NEWS berichtete](#)).

Seit Anfang August hat das Kind einen neuen Namen, aus der Erstaufnahmeeinrichtung wurde ein „Ankerzentrum“ – an der Aggressivität der Bewohner ändert das freilich nichts.

Am Freitag rückten Spezialkräfte der Bereitschaftspolizei, inklusive Hundeführer und Kriminalpolizei aus. Es habe Hinweise gegeben, dass die Bewohner „gefährliche Gegenstände“ in ihren Quartieren hätten.

Dem Ersteinsatz, der Begehung der Unterkunft am Morgen, folgte ein zweiter Großeinsatz am Abend desselben Tages. Einige der Gambier sollten verlegt werden, damit größere Räumlichkeiten für Familien zur Verfügung stünden. Das gab natürlich wieder Krawall.

250 Mann wegen Verlegung einer Handvoll Afrikaner

Gegen 19 Uhr rückten etwa 20 Polizeifahrzeuge mit Blaulicht und Martinshorn ins Ankerzentrum aus. Rund 250 Beamte waren im Einsatz. [Die Polizei schreibt](#) sensibel und politisch korrekt:

Zum einen sollten fünf männliche Zuwanderer, die in den

letzten Wochen an Konflikten beteiligt waren und die Stimmung negativ beeinflussten, in andere schwäbische Asylunterkünfte verlegt werden. Vier der fünf gambischen Staatsangehörigen wurden angetroffen und in andere Einrichtungen verlegt. Zum andern unterstützte die Polizei den Sicherheitsdienst bei der Verlegung von dreißig gambischen Zuwanderern innerhalb der Unterkunft. Die Verlegung war notwendig, um Familien die Nutzung größere Zimmer zu ermöglichen und um die Belegung insgesamt zukünftig konfliktfreier zu gestalten.

„Die Stimmung negativ beeinflussen“ – ein kalmierender, schönfärbender Sprachduktus, angewandt auf gewalttätige Afrikaner, für die ein Großaufgebot bewaffneter Beamter nötig ist, um sie von einem Zimmer in ein anderes zu bringen. Oder braucht die Polizei wirklich 250 Mann wegen ein bisschen „negativer Stimmung“? Vielmehr ist es doch so, dass es auch seit dem letzten aufsehenerregenden Einsatz immer wieder gewalttätige Auseinandersetzungen in der Einrichtung gegeben hatte und man diesmal wohl nicht wieder hilflos einem 50 Mann starken Afri-Mob gegenüberstehen und in die Defensive geraten wollte. Damals waren 30 Personen vorläufig festgenommen worden.

Polizei findet mehrere Messer – aber alles nicht so schlimm

Die Polizei fand schließlich in „mehreren Zimmer mehrere Messer“, die laut Bericht zwar „keine verbotenen Gegenstände oder Waffen darstellten, deren Besitz in den Wohnräumen nach der Hausordnung aber nicht gestattet“ sei. Man habe die Messer sichergestellt und den Verantwortlichen des Ankerzentrums übergeben, so die Polizei. Eine Person wurde vorübergehend festgenommen.

Im Polizeibericht heißt es weiter:

Die betroffenen Zuwanderer reagierten auf die durchgeführten Maßnahmen im Einzelfall durchaus emotional. Aufgrund eines

betont deseskalierenden Vorgehens und der transparenten Erläuterung der bevorstehenden Maßnahmen auch in englischer Sprache musste nur in wenigen Fällen unmittelbarer Zwang in Form einfacher körperlicher Gewalt angewandt werden. Aufgrund des konsequenten Einschreitens aber auch aufgrund des Einsatzes von Kommunikationsbeamten verhielten sich die gambischen Zuwanderer zum überwiegenden Großteil friedlich und leisteten den Anweisungen Folge. Weder kamen Personen zu Schaden, noch kam es zu Straftaten in Bezug auf den durchgeführten Einsatz.

Also, alles super in Schland. Großeinsatz mit 250 Mann, Hundeführer, Rettungswagen – die ganze Blaulichtruppe der Umgebung für Stunden gebunden an einen Ort, um ein paar sich illegal hier aufhaltenden, und deshalb schon kriminellen, Afrikanern ein neues Bettchen in anderen vier Wänden schmackhaft zu machen. Aufkommen für den Zinnober muss der deutsche Steuerzahler. Und auch bleibt die Frage, wie lange hätte an diesem Tag, zur Zeit dieses irren Einsatzes ein Mensch in Not in dieser Region auf die Polizei warten müssen? Viele Beamte dürften beim herrschenden Personalmangel und der aktuellen Sommerurlaubssaison ja wohl nicht mehr vakant gewesen sein. (lsg)





Kritik der Flüchtlinge: Für Sauberkeit der Toiletten selbst verantwortlich

Die angeblich vor Not Geflohenen im Ankerzentrum Bamberg haben sich anlässlich der Umbenennung des Aufnahmezentrums bitter

enttäuscht über ihre Lebensbedingungen geäußert, wie die [NDR-Radio Sendung „Info des Tages“](#) vom 1. August berichtet (ab Minute 2:03):

Ein Mann aus dem Iran lebt seit sieben Monaten in der Unterkunft. Er beklagt die Enge: 16 Menschen leben in 4-Bett- und 2-Bett-Zimmern zusammen in einer Wohnung, müssen sich zusammen eine Toilette und ein Bad teilen. Für die Sauberkeit sind sie selbst verantwortlich. [0-Ton Iraner:] Hier in diesem Lager haben wir keine Träume mehr. In diesem Lager, das ist für uns das Ende der Welt.

Auch die Kirche als Motor der Asylindustrie wurde an dem Tag, am 1.8. munter. Pfarrerin Mirjam Elsel aus Bamberg zum Beispiel. Sie [profitiert von den Flüchtlingen](#) durch eine Viertel-Stelle zusätzlich zu ihren sonstigen Einkünften. Seelsorge für Ehrenamtliche aus den Helferkreisen soll sie liefern, weil die „so viel erleben, das es zu verarbeiten gilt.“

Sollten das einige unschöne Erscheinungen sein, die bei der Eigenverantwortlichkeit für die Toiletten „auf der Strecke geblieben“ sind? Oder traumatisierte Flüchtlinge, diesmal wegen 2-Bett-Zimmern, am „Ende der Welt“? Oder weil sie keine automatische Anerkennung erhalten, die ihnen wohl vorschwebte?

Vermutlich von allem ein wenig (plus das, was sie selbst verarbeiten muss, den möglichen Verlust ihrer zusätzlichen Viertelstelle). Mirjam Elsel wörtlich auf ihrer Mahnwache (Minute 1:44):

Und genau das ist es, was die Bewohnerinnen und Bewohner hier immer wieder erleben: dass sie hier sind, hat ein Ziel, nämlich möglichst schnell möglichst viele wieder loszuwerden.

Wir wünschen den „Refugee welcome“-Freunden dort eines aus ganzem Herzen: Sie sollen so viele aufnehmen dürfen, wie sie

wollen, ihnen Ein-Bett-Zimmer in ihren Häusern zur Verfügung stellen und ein eigenes Bad. Aber auf eigene Kosten. Und wenn dann immer mehr kommen, können sie die Frau Pfarrerin ja fragen, ob der Herr nicht auch Wohnungen vervielfältigen kann, so wie Fische, Brot oder Wein.



Disput in Dresden: 60 „Flüchtlinge“ prügeln aufeinander ein

Von MAX THOMA | Wir schreiben das Jahr 2018 – und es ist der 31. Einsatz der Polizei in diesem Jahr „im Zusammenhang mit [Gewaltdelikten](#)“ [in den beiden Dresdner Erstaufnahmeeinrichtungen](#).

Horst Kretzschmar, der Polizeipräsident Dresdens, schreibt in sein Relocation-Logbuch:

„Der Sachverhalt reiht sich in mehrere ähnliche Einsätze in den Erstaufnahmeeinrichtungen an der Hamburger und Bremer Straße in diesem Jahr ein. Dabei ist eine Häufung im Mai erkennbar, an dem sich allein elf der insgesamt 31 Einsätze im Zusammenhang mit Gewaltdelikten ereigneten“.

Er vermutet einen [Sachzusammenhang mit dem Ramadan](#), dem

Fastenmonat zu Ehren des neuen Dresdner Mondgottes.

Samstagabend in der Willkommens-Aufnahmeeinrichtung an der Bremer Straße: Georgier und Araber hatten zusammen zu Abend gegessen. Aus „bislang unbekannter Ursache“ brach gegen 20.30 Uhr zwischen zunächst etwa 20 Personen ein „Disput“ aus. Dieser eskalierte schnell und mündete in einer „Massenschlägerei“. Die Polizei nahm 15 Personen über Nacht fest. Diese wurden am Sonntagmorgen jedoch wieder freigelassen – ein Abschiebeverfahren gegen die Gewalttäter wäre jedoch nicht angemessen.

Zunächst entbrannte in der EAE Bremer Straße ein Konflikt zwischen rund 20 Bewohnern. „Innerhalb kürzester Zeit“ waren laut Polizei schon 60 Leute beteiligt, die aufeinander einschlugen. Die Einsatzkräfte ermittelten zwei 23-jährige Libyer sowie einen 29-jährigen Georgier als Tatverdächtige. 30 Beamte waren zunächst beim 30. Einsatz in Dresden im Einsatz.

Kurze Zeit nachdem die Polizisten ihren Einsatz an der Bremer Straße beendet hatten, wurden sie postwendend zum Einsatz Nr. 31 gerufen. 70 Einsatzkräfte mussten zum zweiten Einsatz ausrücken. Nach ersten Ermittlungen waren 30 Bewohner, die meisten davon Georgier, aus der Erstaufnahmeeinrichtung Hamburger Straße zur Bremer Straße gelaufen und hatten dort die „erneute Konfrontation“ gesucht. Bei den Auseinandersetzungen wurden insgesamt vier Georgier (26, 33, 34, 47) verletzt und notärztlich behandelt. Ein 47-jähriger Georgier wurde bei dem Streit so schwer verletzt, dass er in die Dresdner Intensivstation eingeliefert werden musste und nun auf Steuerzahlerkosten vollkommen rekonvalesziert werden wird.

Der konkrete Anlass für beide „Konflikte“ sei derzeit allerdings noch unbekannt. In den vergangenen Wochen war nicht nur die Bremer Straße, sondern vor allem die Hamburger Straße in den Fokus von Asylantengewalt geraten. Kaum eine Woche verging, in der die Polizei nicht in dem aufwendig renovierten

„Flüchtlingsdomizil“ anrücken musste. Mal ging es um Brandstiftung, dann prügeln Dutzende Bewohner aufeinander ein. Polizeipräsident Horst Kretzschmer vermutete als eine Ursache für die wiederkehrenden Konflikte den Fastenmonat Ramadan, der noch bis zum 14. Juni geht.

Polizei Dresden: „Man weiß nie, was einen dort erwartet“

Der Dresdner „Ausländerrat“ sieht den Ramadan nicht als einzige Ursache für die Taten – [PI-NEWS übrigens auch nicht](#). Die stellvertretende Geschäftsführerin der Anti-Abschiebe-Organisation, Henriette Honig, erklärte: „In der besonderen Zeit des Ramadans kochen dann die Gemüter schneller hoch als sonst.“ In dem Essensbereich der Hamburger Straße würden teilweise bis zu 35 Grad herrschen, ein Fenster ließe sich dort nicht öffnen. „Und das Essen reicht nicht für alle“, behauptet Hanig. Möglicherweise gab es auch wieder Halal-Nutella-Engpässe im Goldstück-Catering – in Düsseldorf [entstand dadurch ein veritabler Sachschaden](#) von mehr als 10 Millionen Euro! _

Nach den jüngsten Auseinandersetzungen in den Dresdener Erstaufnahmeeinrichtungen für „Flüchtlinge“ hat die Polizei jetzt erste Konsequenzen gezogen. Wie der Sprecher der Dresdener Polizeidirektion, Thomas Geithner, mitteilte, wird das Polizeiaufgebot bei diesen Einsätzen grundsätzlich verstärkt. „Wenn wir solche Meldungen erhalten, können wir natürlich nicht mit ein oder zwei Funkstreifenwagen kommen. Das hat der vergangene Freitag gezeigt.“ Zunächst würden die Kräfte zusammengezogen, bevor die Polizisten geschlossen in die Einrichtung gehen, so Geithner:

„Man weiß nie, was einen dort erwartet. Und es wäre sehr fahrlässig, wenn sich eine Zweier-Besatzung 50 Menschen gegenüber sieht, die auch ziemlich aufgebracht sind“ [Thomas Geithner Pressesprecher Polizeidirektion Dresden].

Die Landesdirektion Sachsen als Betreiber der Einrichtung

weist „religiöse Dispute“ entschieden zurück: „Die Auseinandersetzungen haben nichts mit dem Ramadan oder religiösen Streitigkeiten zu tun“, hieß es in einer Dhimmie-Mitteilung auf Anfrage von MDR SACHSEN:

Ursächlich für den Konflikt war die Forderung zweier georgischer (christlicher) Bewohner der Unterkunft an einen muslimischen Bewohner, ihnen von der gesonderten Nacht-Essensausgabe für Muslime Essen mitzubringen. Mitarbeiter des Betreibers wiesen die beiden Georgier darauf hin, dass nur Bewohner, die am Ramadan teilnehmen, zu den gesonderten Ramadan-Essenzeiten Essen erhalten. Alle anderen Bewohner können sich im Rahmen der regulären Essenzeiten verpflegen. Nach dem weitere Versuche an Essen zu gelangen fehlschlugen, eskalierte die Situation, sodass die Polizei hinzugezogen werden musste,

so die Landesdirektion Sachsen. Nichts hat mit nichts zu tun.

Vereinzelte Einzelfälle in der Hamburger Straße in den letzten vier Wochen:

- Am 25. Mai 2018 werden Beamte mit glühenden Zigaretten beworfen und einer Eisenstange angegriffen.
- Am 20. Mai 2018 geraten zwei Gruppen aneinander. Im Innenhof eskaliert der Streit. Um die 40 Menschen prügeln sich, ziehen Messer und schlagen mit Stühlen und Feuerlöschern zu. Das Ergebnis: drei Verletzte. Das Motiv ist unklar.
- Am 19. Mai 2018 entfacht ein Serbe in seinem Zimmer ein Feuer. Ein 30 Zentimeter großes Brandloch bleibt zurück. Der Mann reißt außerdem einen Fensterflügel aus dem Scharnier und bricht einen Heizkörper aus der Wand. Teile der Etage werden überschwemmt.
- Am 18. Mai 2018 Ein Tunesier gerät im Essenszelt mit dem Sicherheitsdienst in Streit. Der Bewohner schlägt mit einer Eisenstange zu. Weitere Asylbewerber mischen sich

ein. Grund der Auseinandersetzung: Der Sicherheitsdienst wollte dem Mann verbieten, sein Essen aus dem Speisesaal mit aufs Zimmer zu nehmen.

- Am 3. Mai 2018 kommt es zum Streit zwischen mehreren Tunesiern. Einer der Männer greift seinen Landsmann mit einer Metallstange und einem Stein an. Mitarbeiter des Sicherheitsdienstes halten den Angreifer zurück. Wie es zum Streit kam, ist bislang noch völlig unklar.

Polizei: „Damit hätte keiner rechnen können“ – Flüchtlingsaufstände in Sachsen

Am feierlichen „Freitagabend“ vor einer Woche griffen in der Erstaufnahmeeinrichtung an der Dresdner Hamburger Straße [insgesamt 50 „Schutzbedürftige“](#) acht Polizisten brutal an. Auslöser war nach Angaben der Polizei ein Streit bei der Essensausgabe – analog den brutalen „Nigeria-Riots“ in [München-Fürstenfeldbruck](#) am selben Vormittag, PI-NEWS berichtete.

Wie die Polizei Dresden mitteilte, sei zunächst ein Streit zwischen zwei Georgiern bei der Essensausgabe in der Friedrichstadt der Auslöser gewesen. Als die beiden „Asylbewerber“ sich zu prügeln begannen, rief der Sicherheitsdienst Polizisten um Hilfe, die gerade zufällig in der Flüchtlingsunterkunft waren. Sie hatten einen Mann sicher zurück begleitet, „der vermutlich Ladendiebstahl begangen“ hatte, wie Hauptkommissar Matthias Noack von der Polizei Dresden mitteilte. Die acht (!) Rückführungs-Geleitbeamten eilten zu dem Tumult und konnten die „beiden Streithähne“ fürs Erste trennen. Daraufhin versammelten sich laut des Polizeisprechers rund 50 Heimbewohner und „griffen die Einsatzkräfte“ massiv an. Grund sei ein allgemeiner „Unmut über die Polizei“ gewesen.

Die schutzbedürftigen Heimbewohner attackierten die Einsatzkräfte, indem sie wieder mit glühenden Zigaretten warfen, nach den Beamten traten und mit „Gegenständen“ auf sie

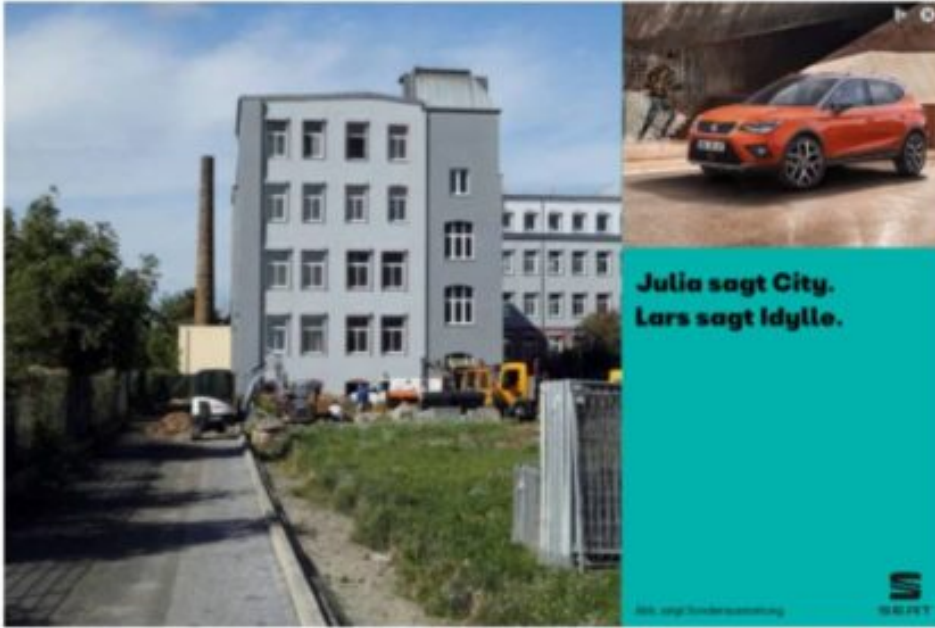
einschlugen: Einige Angreifer hatten versucht, die Beamten mit den beliebten „Refugee-Eisenstangen“ zu attackieren. Durch den Einsatz weiterer Polizeikräfte konnte die Lage vor Ort schließlich einigermaßen unter Kontrolle gebracht werden. Vorerst.

„Damit hätte keiner rechnen können“

Bei den Auseinandersetzungen wurden zwei Polizisten und ein Sicherheitsmitarbeiter verletzt, es handele sich um „Prellungen“. Man könne juristisch auch von Totschlagsversuchen sprechen. Vier georgische „mutmaßliche Tatverdächtige“ im Alter von 42, 27, 20 und 17 Jahren wurden vorläufig festgenommen. Wie viele Beamte im Einsatz waren, konnte die Polizei in Dresden nicht bekunden, auch nicht ob die Festgenommenen am Sonntag bereits wieder auf freiem Fuß waren – wie mehrfach intern kolportiert wurde.

„Mit einer solchen Eskalation hätte ja keiner rechnen können“, erklärte Hauptkommissar Noack. Derzeit läuft eine Diskussion, ob die Einrichtung als sogenanntes Ankerzentrum (Ankunfts-, Entscheidungs- und kommunales Verteilungs-Willkommens-Zentrum) ausgebaut wird.

Gegen Horst Seehofers Prestige-Projekt in Dresden regt sich zunehmender Widerstand – von links! Zwischen 300 und 400 Teilnehmer demonstrierten diesen Sonntag mit einem Marsch vom Hauptbahnhof durch die Innenstadt gegen die Einrichtung von Ankerzentren und gegen Abschiebung. Organisiert wurde die Demo vom „Dresdner Flüchtlingsrat“ und dem Studierenden-Rat „[Stura Dresden](#)“. Räterepublik ante portas !



Weil es einzelne Maserfälle an der Hamburger Straße gibt, wird der Standort Bremer Straße vorübergehend wieder in Betrieb genommen.

Mittelgutes Product-Placement des VW-Konzerns mit seiner Marke SEAT in der Sächsischen Zeitung (Screenshot PI-NEWS).